
Clemens Vollnhals

Entnazifizierung und Selbstreinigung im Urteil der evangelischen Kirche

Dokumente und Reflexionen 1945-1949



Chr. Kaiser

(1989)

KBA 482

c) Karl Barth an Martin Niemöller
(7.6.1946)

Lieber Martin Niemöller!

Ich las die Erklärung des Rates der EKD vom 2. Mai über die Entnazifizierung und muß dir sagen, daß ich tief darüber erschrocken bin. Ich höre, daß der Alliierte Kontrollrat sie abgelehnt hat und wundere mich keinen Augenblick darüber, kann ihm auch nicht unrecht geben. Aber es tut mir in gleicher Weise leid um die Niederlage, die die EKD dort, wie um den Erfolg, den sie eben damit sicher in gewissen anderen Quartieren geerntet hat. Der Kurs, der da gesteuert wurde, war bestimmt nicht gut. Daß du selbst gegen die Erklärung gekämpft hast und dabei unterlegen bist, setze ich voraus. Ich will meine Bedenken Punkt für Punkt spezifizieren.

Zu I,1. Die Kirche hat zu den entsprechenden Vorgängen in der Nazi-Zeit zu tiefsinnig geschwiegen, ihre »Anerkennung« der Notwendigkeit der heute fälligen Reinigung des deutschen Volkes war bisher zu widerwillig und matt, ihre Selbstreinigung war bis jetzt zu wenig ernsthaft und durchgreifend, ihre schon in sich wenig klare Stuttgarter Erklärung war durch den allgemeinen Widerspruch, den sie im evangelischen Deutschland gefunden und durch das, was dann von den Ratsmitgliedern Wurm und Asmussen und von dem kirchlich mit aller Macht verbreiteten Thielicke zu ihrer Interpretation, d.h. zu ihrer Verklausulierung und Abschwächung, gesagt wurde, zu getrübt, als daß sie sich für »das Recht und die Freiheit«, heute so zu den Alliierten zu reden, auf diese ihre Vergangenheit berufen dürfte. Nein, um zu den zweifellos brennenden Problemen der Denazifikation etwas zu sagen, was Gewicht hätte und was auf offene Ohren rechnen könnte, müßte die Kirche anderswoher kommen, müßte sie eine innere Autorität und Glaubwürdigkeit haben, die sie sich bisher

noch nicht erworben hat und die sie durch keine noch so feierliche Gemessenheit ihrer Sprache ersetzen kann.

Zu I,2. Die von der Kirche vorgetragene »Ansicht« (seit wann hat die Kirche »Ansichten« vorzutragen?) hat mit der in Frage stehenden Sache nichts zu tun. Die Denazifikation ist eine Angelegenheit der *politischen* Moral. Es geht bei ihr nicht (wie etwa beim Nürnberger Prozeß) um »Bestrafung« von »Verbrechern«, sondern darum, bestimmte Personenkreise um der von ihnen bisher vertretenen unerwünschten Tendenzen willen von der Einflußnahme auf das künftige Leben der Nation so weit als möglich auszuschließen.

Zu I,3. Daß Jemand damals »lautere Beweggründe« zum Beitritt zu einer nationalsozialistischen Organisation gehabt und sie später nur aus »Schwachheit« nicht wieder verlassen haben mag, beweist durchaus nicht, daß er zu denen gehört, denen heute einflußreiche Stellungen in der Verwaltung, im Gericht, in der Schule, in der Wirtschaft (in der Kirche!) zukommen dürfen.

Zu I,4. Die Vermutung, daß gewisse nationalsozialistische Organisationen als solche mit gewissen für die Zukunft von allen Führungsansprüchen auszuschließenden Personenkreisen identisch sein möchten, ist jedenfalls als *vorläufiges* Kriterium beim Vollzug der Denazifikation durchaus geeignet.

Zu II,1. Eben der Typ derer, die ihre Ämter »an sich untadelig wahrgenommen« (und im übrigen Order pariert!) haben, war doch die stärkste Stütze des Nazi-Regimes. Was wäre aus Hitler geworden, wenn er nicht außer der zweifelhaften Hilfe seiner Abenteurer den soliden Beistand des anständigen, ordentlichen, »untadeligen« deutschen Beamten und Offiziers gehabt hätte? Warum macht sich die Kirche zum Anwalt gerade *dieses* Typs? Und wie konnte sie meinen, die Alliierten mit dem Hinweis auf diesen Typ zu beeindrucken?

»Geht weit über die Maßnahmen hinaus...« Das geht weit über die Wahrheit hinaus!! Hat man die Millionen von Juden und Sozialisten nun schon wieder vergessen, denen wahrlich Schlimmeres widerfahren ist? Meint man, die Alliierten hätten sie auch schon vergessen?

Zu II.2. Hätte es der Rat der EKD nicht schon im Blick auf einen ihm sicher bekannten bestimmten Fall solcher »Lüge« nicht besser unterlassen, gerade diese These – die er ja doch nur auf »Erfahrung« begründen kann – aufzustellen?

Zu II.3. »Studienverbot« ist eine agitatorische Bezeichnung für die bei der Feststellung des numerus clausus an den Universitäten (aus wirtschaftlichen Gründen) geübte Unterscheidung, bei der die ehemaligen HJ-Führer und Berufsoffiziere nun eben zu den in letzter Linie zu Berücksichtigenden gerechnet werden. »Die Verkündigung der Kirche, die sich . . . bemüht«. Ich blicke auf meine Umgebung und auf die mir aus anderen Landesgegenden bekannten Tatsachen und frage mich: Wo befinden sich wohl die kirchlichen Elemente, denen man dieses »Bemühen« ernstlich und ehrlich nachrühmen kann, nicht in verschwindender Minderheit? Wo sind sie wohl von den kirchlichen Machthabern *nicht* (wie z.B. die württ. Sozietät) bis auf diesen Tag an die Wand gedrückt? Welches Recht hat also der Rat der EKD, sich nun den Alliierten gegenüber ausgerechnet auf diese Wenigen zu berufen?

Zu III,1. Hätte die Kirche in dieser (vielmehr in einer besser inspirierten!) Erklärung das Anliegen des »kleinen Mannes« unter den von der Denazifikation Betroffenen der kleinen, unselbständigen, törichten Mitläufer (der gläubigen Hörer gewisser kirchlicher – auch bekenntniskirchlicher [!] – pronazistischer Kundgebungen und Kanzelerklärungen

von anno dazumal!) mit Hinweis auf deren geringere Verantwortlichkeit verfochten, so wäre sie ein ordentliches christliches Werk gewesen, mit dem man mit gutem Gewissen auch vor die Alliierten treten konnte. Die Gerechtigkeit, in der die Erklärung diese wichtige Unterscheidung unterläßt, ist höchst ungerecht. Sie blickt eben offenbar – und nicht ohne peinliche Selbstrechtfertigungsversuche der Kirche – vor allem auf die durch die Denazifikation berührte mittlere und bessere Gesellschaftsschicht: gerade dahin, wo das für den Aufstieg und die Entfaltung des Nationalsozialismus entscheidend verantwortliche Tun und Lassen stattfand! Ich weiß nicht, wie ich den »Geist« nennen soll, den sie »verteidigt«. Daß hier ein *neuer* Geist, wie es sich gehörte, in *Angriff* wäre, kann von ihr sicher nicht gesagt werden.

Zu III,2. Es ist eine am entscheidenden Punkt trotz Stuttgart noch immer gründlich unbußfertige und verstockte Kirche, die ihre Erklärung (nachdem sie schon II,1 und 3 unmißverständlich *gedroht* hatte) damit schließt, daß das neue Verhältnis der Deutschen zu den anderen Völkern nun doch wieder von einer von diesen zu erfüllenden Bedingung abhängig gemacht wird. Lieber Martin Niemöller, du glaubst es mir, weil du es weißt: daß ich auch diesmal nicht gegen, sondern für die EKD und damit für die deutsche Sache als solche denke und rede. Und wahrhaftig: ich würde dabei lieber mit dem Rat der EKD übereinstimmen, als daß ich nun schon wieder so widersprechen muß. Aber ich meine es in diesem Manifest mit Händen zu greifen – und gewisse andere Eindrücke bestärken mich darin – daß die Dinge schon wieder auf der schiefen Ebene sind und schleunigst aufgehalten werden sollten, wenn es nicht ein weiteres Mal zu spät sein sollte. Mit herzlichem Gruß

Dein

Karl Barth

**d) Martin Niemöller an Karl Barth
(15.6.1946)**

Lieber Karl Barth!

Eben erhalte ich Deinen Brief vom 7. Juni in Sachen der Entnazifizierungsbeschlüsse des Rates. Laß Dir zunächst herzlich dafür danken, zumal ich diese Sätze durchaus in dem Sinne auffasse, wie Du sie am Schluß Deines Briefes charakterisierst.

Zur Sprache selbst indessen muß ich Dir einige Erklärungen geben, wobei ich vorausschicke, daß ich diese Beschlüsse, wenn auch schweren Herzens, nicht zu verhindern versucht habe. Ich halte nach wie vor das jetzt im amerikanischen Sektor in Geltung befindliche Gesetz für ein parteipolitisches Machwerk, mit dem ganz bestimmte Ziele verfolgt werden, die im Gesetz selber nicht zum Ausdruck kommen, sich aber jetzt schon in der praktischen Anwendung dieses Gesetzes zeigen. Ich habe schon vor der Beschlußfassung in Treysa, nämlich am 23. März 1946, einen Brief deswegen an die Ökumene gerichtet und auf die Gefahr dieses Gesetzes mit sehr starken Worten aufmerksam gemacht. Die Ökumene scheint sich auch im Sinne dieses meines Briefes einsetzen zu wollen. Einen Durchschlag davon füge ich Dir in der Anlage bei.

Zu I,1) Nach Deinem Brief vom 7. Juni darf also die Kirche, nachdem sie ihr Schuldbekenntnis ausgesprochen hat, überhaupt nichts mehr sagen. Wenn ich Dich recht verstehe, weil sie eben daher kommt, woher sie kommt. Dann können wir uns das Anreden der Öffentlichkeit füglich sparen, uns aber trotzdem nicht von der Schuld frei wissen, wenn die ganze Sache in den Abgrund geht, was ja jetzt kaum noch vermeidbar erscheint.

Zu I,2) Hier verstehe ich deine Ansicht überhaupt nicht. Warum soll die Kirche keine Ansicht haben? Insofern sie eine reale Größe

inmitten der Welt ist, hat sie gewiß neben ihrer Verkündigung und ihrem Dogma ganz bestimmt auch Ansichten, die natürlich richtig und falsch sein können, – und sie hat sie immer gehabt; ich denke, Du hast sie auch. Wenn es aber zur politischen Moral gehört, Familien brotlos zu machen und Menschen ihrer längst nicht mehr vorhandenen Gesinnung wegen zu Parias und Verbrechern zu stempeln, dann geht mir das allerdings über die Hutschnur.

Zu I,3) Es handelt sich ja gar nicht um »einflußreiche Stellungen«, sondern darum, daß ein städtischer Angestellter und Straßenfeger arbeitslos gemacht wird, weil er vielleicht vor 20 Jahren mal für 2 Jahre der Partei angehört hat.

Zu I,4) Und hier geht es wieder nicht darum, Leute von »Führungsansprüchen« auszuschließen, sondern sie werden einfach brotlos gemacht bzw. eingesperrt. Und wie lange diese »Vorläufigkeit« dauern wird, davon haben wir einige tausend Beispiele vor Augen, wo Leute, die sogar den Nationalsozialismus aktiv bekämpft haben, lediglich weil sie im Dritten Reich den Titel »Rat« geführt haben (als Studienrat!), bis zum Erweis des Gegenteils im Lager sitzen bzw. im Lager umgekommen sind.

Zu II,1) Nach den Erfahrungen mit meinen eigenen Richtern in meinem Prozeß kann ich Dein Urteil nicht mitmachen. Im übrigen verlangen die Alliierten von ihren Beamten und Offizieren ja auch nichts anderes, als daß sie ihre Ämter untadelig wahrnehmen. In diesem Absatz geht es deutlich um jene unpolitische Beamtschaft, wobei freilich beklagt werden kann, daß diese Leute unpolitisch waren, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, sondern lediglich Parteigenossen geworden sind. Der Nationalsozialismus hat solche Beamte, auch wenn sie nicht in der Partei waren, getragen und nicht deswegen hinausgejagt und brotlos gemacht.

Kein vernünftiger Mensch bei uns wird bei II,1) an Juden und Sozialisten denken, weil die eben nicht unter die unpolitischen Beamten fallen.

Deine Äußerungen zu II,2) und II,3) entbehren des Verständnisses und der Liebe. Warum fällt man mir und meinen Freunden, die wir uns ehrlich Mühe geben, im deutschen Volk und in der evangelischen Christenheit ein besseres Verständnis zu wecken, in dieser Weise in den Rücken? Lediglich deshalb, weil es politischen Gruppen so paßt, weil man die Intelligenzschicht in Deutschland beseitigen will und weitgehend ja bereits beseitigt hat, erst durch den Nationalsozialismus, dann durch die Denunziation und jetzt durch die »Denazifizierung«.

Ich schreibe das nur (eine mündliche Aussprache wäre ja wohl das Gegebene), damit Du nicht etwa auf die Idee kommst, daß ich in

der Frage der Denazifizierung in irgend einer Weise anders urteile als die übrigen Mitglieder des Rates. Es tut mir leid, daß unser Schritt umsonst war. Das Verderben wird nicht aufzuhalten sein und im übrigen wird es denjenigen nicht mehr viel ausmachen, weil nach dem Winter 1946/47 die übrig gebliebenen Reste unseres Volkes ohnehin nicht mehr in der Lage sein werden, auch nur noch mit einer schwachen Stimme den Protest zu erheben, den Menschen hören können. Ich bin aber überzeugt, daß dieser Protest im Himmel wohl gehört werden wird, selbst wenn er bis an Dein Herz nicht mehr herandrängt.

Mit herzlichen Grüßen
Dein
gez. Niemöller

(Zentralarchiv der EKHN Darmstadt, 62/2002)

e) Martin Niemöller an Karl Barth
(23.6.1946)

Lieber Karl Barth!

Auf Deinen Brief vom 7./6. wegen der Ratsklärung zur Denazifizierung hatte ich Dir gleich am 15./6. eine Antwort geschrieben, die ich aber nicht abgesandt habe, weil ich mir im Grunde über Deine Einstellung noch nicht hatte klarwerden können. Ich schicke Dir diese Zeilen heute gleichwohl mit, damit Du siehst, wie die erste Reaktion sich bei mir ausgewirkt hat; im übrigen wirf's in den Papierkorb!

Inzwischen habe ich viel über die Dinge nachgedacht auf meinen Fahrten durchs Land, und so will ich Dir heute einige Worte schreiben, ohne auf das Einzelne Deiner Be-

anstandungen unseres Beschlusses einzugehen. – Es ist mir eben deutlich geworden, daß hier irgendwo eine ganz grundverschiedene Einstellung und Sicht vorliegen muß. – Sie in ihrer Verschiedenheit zu klären, kann ich wohl nichts anderes tun als Dir sagen, wie sich für mich die Sache in ihrer Grundrichtung darstellt.

Das in Frage stehende Gesetz ist ein *deutsches* Gesetz, von den »deutschen« Regierungen der amerikanischen Zone erarbeitet und in Kraft gesetzt und natürlich von der aufsichtführenden Besatzungsmacht geprüft und anerkannt. – Die politischen Mächte, die in diesen Regierungen zum Zuge kommen, geben nicht irgend ein »demokratisches« Spiegelbild der Willensmeinung unseres Volkes wieder; aber sie vertreten politische Ziele bzw. Tendenzen, für die die »Denazifizie-

rung« ein Mittel sein soll und bereits ist. Grob gesagt läßt sich behaupten, daß dies Gesetz zur Ausrottung der »bürgerlichen« Schichten unseres Volkes führen soll, deren Schuld natürlich unbestritten ist. Zugleich führt es zur Festigung der Herrschaft der eben jetzt durch die Besatzungsmächte mit der Regierung betrauten Kreise.

Mir ist es eine ernste Frage, ob die Kirche dazu schweigen darf: wo ist der Unterschied zwischen der Schuld des sozialistischen Rüstungsarbeiters, der einfach weitergemacht hat und dem Berufssoldaten, der ein Gleiches getan hat? – Der eine wird jetzt gerecht gesprochen mit der Selbstverständlichkeit, daß nicht mal eine Frage gestellt wird, der andere wird »ausgeschaltet«, obwohl er es sicherlich nicht besser gehabt hat als der andere und Hitler nicht mehr gestützt hat als er. Das Gesetz wird also zu einem Deckmantel für die möglichst gefahrlose Beseitigung politischer, möglicher Gegner. Es wird auch als solcher verstanden.

Wie soll sich die Kirche dazu stellen? – Zunächst bin ich überzeugt, daß die Kirche, so kümmerlich ihr Widerstand gewesen sein mag, es doch auf jeden Fall verdient, ebenso gehört zu werden, wie die heutigen »deutschen« »Regierungen«, in deren Mitte Leute sind, die keinesfalls so viel Widerstand geleistet haben wie eben die Kirche. Ich habe also ein durchaus gutes Gewissen, wenn die Kirche da mitspricht und sich dabei auch an die Besatzungsmacht wendet. Wenn sie nicht gehört wurde, so wird sie die Folgen nicht allein tragen müssen. – Sodann muß ich als Christ und Mann der Kirche sagen, daß ich mich ebenso schuldig fühle, wie sich jeder andere Deutsche heute schuldig wissen sollte, vielleicht noch mehr. Wenn mich also ein deutsches Gesetz mit der Verfolgung verschont, so muß ich sagen, daß ich das nicht als Recht anerkennen kann, und daß ich es ablehnen muß, wenn sich deutsche Menschen in unse-

rer heutigen Lage anmaßen, Richter über andere deutsche Menschen sein zu wollen. Darauf läuft aber die ganze Geschichte hinaus. Wenn die Alliierten richten wollen, so müssen sie das auf eigene Gefahr tun; wenn deutsche Menschen es tun, so weiß ich mich durch das Evangelium gerufen, ihnen zu sagen, daß sie genau achtgeben müssen, was sie da unternehmen. – Die Dinge sind m.E. heillos verfahren, und was wir in Treysa versucht haben, war von dem Bestreben diktiert – jedenfalls bei mir – äußerste Konsequenzen, die nun kommen müssen und werden, abzuwenden. Ich habe ein gutes Gewissen dabei gehabt und würde heute nicht anders handeln können! – Meine Verkündigung ist all diese Monate darauf hinausgegangen, den Geist der Selbstrechtfertigung zu entthronen, der die menschliche Gemeinschaft in unserm Volke vollends aufgelöst hat und in gleicher Weise auch die Gemeinschaft mit den von uns mit Krieg überzogenen Völkern in unserer Mitte bedroht. – Jetzt wird die Selbstrechtfertigung zum Prinzip erhoben; jeder Mensch ist geradezu gesetzlich aufgefordert, sich selber reinzuwaschen und die Grenze zwischen sich und seinem Nächsten als eine Grenze zwischen Unschuldigen und Schuldigen aufzurichten; Selbstrechtfertigung wird zur Lebensfrage. Wo soll da die Verkündigung des Evangeliums noch bleiben? – Ich bin überzeugt, daß die Besatzungsmacht schlecht beraten war, als sie die, doch wahrhaftig sehr bescheiden vorgetragene Bitte der Kirche leichthin ablehnen zu sollen glaubte. – Natürlich kann man sich auf Deinen grundsätzlichen Standpunkt stellen, daß die Kirche heute gar kein Recht hat zu sprechen, weil sie eben daher kommt, woher sie nun einmal kommt. Aber wie lange soll dann ihr Schweigen dauern? Wir kommen nun einmal über die Situation des »simul justus, simul peccator« nicht hinaus, und ich denke, die Kirche muß sprechen, so schief die Situation

menschlich auch werden mag, in die sie damit gerät. Spricht sie aus der Gebundenheit an ihren Herrn, dann darf sie erwarten, daß Christen das anerkennen, weil die Kirche eben nicht aus ihrem Eigenen spricht!

Ich selber fühle mich überdies nun ziemlich am Ende; es ist heute ein Jahr, daß ich nach Hause zurückkehrte. Meine Kraft ist so gut wie verbraucht und ich habe weder daheim noch draußen das Verständnis für die von mir vertretene Sache gefunden. Die EKD ist auf dem Wege der Restauration, anscheinend unaufhaltsam; die ausländische Christenheit geht diesen Weg kritiklos mit; ihr fehlt ja auch leider noch die Erfahrung, die wir durch bittere Jahre haben machen müssen. Die junge Generation läuft den Leuten um Marahrens und Meiser nach, und die Älteren aus den

letzten 10 Jahren verspinnen sich in irgendwelche Romantik. Es war zwar niemals eine Lust zu leben; aber heute wird es rein zur Unmöglichkeit. Zur Zeit habe ich noch die Hoffnung, daß wir wenigstens im Raum Nassau-Hessen zu einer Neuordnung der Kirche kommen, die in etwa die Folgerungen aus den Erkenntnissen der vergangenen Jahre zieht, aber die Einflüsse aus den umgebenden Kirchengebieten machen die Sache zusehends schwer. Genug von alledem; ich wäre Dir dankbar, wenn Du Dich mir gegenüber noch mal etwas grundsätzlicher, als es in Deinem Brief geschehen ist, äußern würdest.

Herzlich
Dein
Martin Niemöller

(Zentralarchiv der EKHN Darmstadt, 62/2002)

f) Karl Barth an Martin Niemöller
(6.7.1946)

Lieber Martin Niemöller!

Unsere Briefe haben sich gekreuzt. Ich möchte dir den Empfang des deinigen sofort bestätigen.

So habe ich mich geirrt, wenn ich dich in der Opposition gegen jenen Ratsbeschluß vermutete. Nun bin ich nicht allzu traurig darüber, weil jener Satz in meinem letzten Brief zwar ernst gemeint war und nun doch nicht ausschloß, daß ich irgendwo in meinem Gemüt damit rechnete, meine Voraussetzung könnte auch *nicht* zutreffen und weil dein Kredit bei mir zu groß ist, als daß er dadurch, daß ich dich im Einzelnen in Entscheidungen sehe, die ich nicht für richtig halte, erschüttert werden könnte. So hast du ja nun deinerseits auch an mich geschrieben und du solltest

wirklich nicht mit der Möglichkeit rechnen, daß ich irgendetwas, was von dir kommt, auch wenn ich anderer Meinung bin, in den Papierkorb werfen werde.

Es wäre in der Tat gut, wenn wir persönlich über die Sache reden könnten. Daß wir grundsätzlich differieren, halte ich einfach für ausgeschlossen. Die Punkte, in denen wir offenbar eine andere Sicht haben, reduzieren sich für mich auf folgende Fragen:

1. Quo jure kann und darf eine Kirche, von der niemand so deutlich sieht und sagt wie du: daß sie überall in voller »Restauration« begriffen ist, die Stuttgart so wenig »in sich« hat, sich wie I,1 geschieht auf ihre Vergangenheit und Gegenwart berufen für das »Recht und die Freiheit«, sich »als ob« sie in der Reformation begriffen wäre, protestierend an die Andern zu wenden? *Könnte* dieses Wort geistliches und *konnte* es dann auch politisches Gewicht haben?

2. Hätte man, wenn man denn schon reden zu sollen und zu können meinte, nicht sorgfältig zwischen den Absichten und tatsächlichen Vorschriften des Gesetzes selbst und als solchen und dessen praktischer Anwendung unterscheiden müssen? War es unvermeidlich, daß man die sachlich vielleicht auch am Gesetz und sicher an der Praxis mögliche Kritik dauernd ineinander wirrte und damit der Sache den Charakter eines Tumultes gab, der der Gegenseite nun eben auch nicht den Eindruck von »Gerechtigkeit« machen konnte? Warum ist in so wichtiger Sache nicht exakter geredet worden?

3. War es wirklich der jetzt von dir so stark hervorgehobene Einwand gegen den parteipolitischen Charakter des Gesetzes und seiner Anwendung, der den Rat der EKD auf den Plan rief? Wenn ja, warum ist dann dieses Argument nicht deutlich gemacht worden? Hat man, hast du wirklich hieb- und stichfeste Beweise für diesen Einwand: ich meine solche Beweise, die es rechtfertigen, daß die Kirche sie sich anzeignen vermag? Auf ein bloßes verdächtigendes Gemunkel hin durfte sie sich doch nicht gut – ausgerechnet das *erste* Mal, wo sie von der neuentdeckten politischen Verantwortlichkeit der Kirche Gebrauch machte!! – zum Anwalt . . . nun doch wieder ausgerechnet der Rechtskreise machen? Ist dir dieser Vorgang nicht auch unheimlich?

4. Warum und wozu all die kaum verhüllten Drohungen und Ultimaten in diesem Schriftstück? Bis hin zu III,1, wo das Vermögen des deutschen Volkes, die Botschaft des göttlichen Wortes zu hören, mit der Beseitigung der »Sorgen« des Rates nun doch in eine zu enge Beziehung gebracht wird! Darf ich hinzufügen: Warum redet nun auch Martin Niemöller in solch absolutem Pessimismus von den »nach dem Winter 1946/47 übrig gebliebenen Resten« des deutschen Volkes? Ich habe solche Töne schon letzten Sommer

in Frankfurt und Treysa gehört im Blick auf den Winter 1945/46. Schilt mich nicht lieb- und verständnislos, wenn ich in allen derartigen Denk- und Redebewegungen, die mich immer wieder beschäftigende Neigung des deutschen Menschen erblicke, sich selber und seine Lage damit meistern zu wollen, daß er sich und sie »dramatisiert«, was dann den Andern regelmäßig lange nicht den Eindruck zu machen pflegt, den man sich dabei zu versprechen scheint, weil sie alle auf Metaphysik und Absolutismen jeder Art nun einmal nicht so eingestellt sind. Sollte die DEK in dieser Sache nicht mit dem guten Beispiel, d.h. aber mit einer weniger ultimativen Denk- und Redeweise vorangehen dürfen? Alle Einzelheiten ergeben sich von diesen Hauptpunkten her, von denen ich wirklich nicht annehmen kann, daß du und ich uns in grundsätzlichem Gegensatz befänden.

Mich hat in deinem Brief vom 23. Juni der Satz bewegt, in dem Du davon sprichst, daß du die ausländische Christenheit diesen Weg (den Weg der Restauration) kritiklos mitgehen siehst. Ich gestehe dir, daß ich schon bei der Lektüre deines wirklich schönen und bewegenden Berichts über Genf bei mir selbst gedacht hatte, wie es dir wohl gehen werde, wenn du die dort ansässigen und dort zusammenkommenden Freunde des geringsten Widerstandes aus der Nähe und auf die Länge kennen lernen werdest, wie es mir in all den Jahren beschieden war. Es ist ja ganz klar, daß die Marahrens und Meiser in den Kirchen der ganzen Welt am Ruder sind und daß man sich diesen allerdings erschütternden Sachverhalt vor Augen stellen muß, wenn man nun etwa – wie du und ich es wollen – das Feld *dennoch* nicht zu räumen entschlossen ist. Armer Freund, es tönt auch in diesen deinen Briefen Vieles so von Herzen müde. Und du hast das Recht, dazu müde zu sein – soschr, daß ich mich nachträglich nach meinem Recht frage, mit dem ich dich vorge-

stern von deiner beabsichtigten Amerikareise zurückzuhalten versuchte. Aber du kennst auch den Spruch auf dem Grab des alten Bodelschwingh: »Heil und Barmherzigkeit . . . !«

Ich bin mit Hans Asmussen z.Z. gar nicht auf gutem FuÙe. Er hat mir auÙer seinem Manifest vom Frühjahr, auf das du so gut geantwortet hast, zwei nun wirklich ein wenig

schreckliche Briefe geschrieben und finde offenbar meinerseits den Ton und die Worte nicht, die da in Festigkeit und Milde zugleich nötig wären.

Mit herzlichem Gruß (bitte auch an deine Frau weiterzugeben)
Dein
Karl Barth

(Zentralarchiv der EKHN Darmstadt, 62/2002)

g) Kommentar des »Schweizer Evangelischen Pressedienstes« (15.6.1946)

Die Entnazifizierung der Kirche

Der Rat der Ev. Kirche Deutschlands hat bedeutsame Beschlüsse gefaÙt, die wir in den letzten Mitteilungen in der Hauptsache wiedergegeben haben.

Es ist immer deutlicher geworden, daÙ die Besatzungsmächte ernstlich beunruhigt waren – entsprechende Mitteilungen liegen uns vor – daÙ in der Kirche im wesentlichen alles beim Alten blieb und sie geradezu in der Gefahr stand, der Hort der nationalen Reaktion zu werden. Ein Jahr ist verflossen, in dem die Besatzungsmächte nicht in die Kirche eingriffen, in dem in bezug auf die Säuberung der Kirche aber auch so gut wie nichts geschehen ist. Das ist eine sehr ernste Sache. Die Freude, die man an der Tatsache empfand, daÙ die Besatzungsmächte nicht in die Kirche eingriffen, wurde immer problematischer und man bekam plötzlich ein ganz anderes Verständnis für die Tatsache, daÙ die Reformatoren den weltlichen Arm für die Säuberung der Kirche in Anspruch nahmen. Man wird der Sache mit einer formalen Entscheidung niemals gerecht. Das Böse ist eben nicht nur in der Welt, so daÙ die Tätigkeit des welt-

lichen Armes, der dem Bösen zu wehren hat, nicht Halt machen kann, wenn die Kirche der Hort des Bösen wird. In dieser Gefahr steht die deutsche Kirche und es ist durchaus in Ordnung, daÙ hier für die Besatzungsbehörde, die die weltliche Macht ausübt, ein sehr ernstes Problem entstanden ist.

Gewiß, es ist keine erfreuliche Sache, wenn für die Säuberung der Kirche die weltliche Obrigkeit in Anspruch genommen werden muß und wir verstehen es deshalb, wenn der Rat der Ev. Kirche in Deutschland dies zu verhindern trachtet. Man kann dem Satz, wie er in Punkt 5 der Richtlinien ausgesprochen ist, zustimmen, daÙ über die Aberkennung oder Beschränkung des Amtes des Pfarrers die Kirche allein entscheide, sofern mit der Verpflichtung, wie sie in Punkt 6 umschrieben ist, ernst, ganz ernst gemacht wird: »Die Kirche muß die Verpflichtung übernehmen, die Selbstreinigung zu übernehmen.«

DaÙ der Rat der Ev. Kirche in Deutschland die Pflicht erkannt hat, diese Aufgabe an die Hand zu nehmen und wohl auch den ernstlichen Willen besitzt, ihr gerecht zu werden, ist das Erfreuliche an diesen Richtlinien. Ob er die Kraft zur Durchsetzung haben wird, muß die Zukunft lehren. Es wäre eine schöne Sache, wenn die Kirche die Selbstreinigung ohne Mithilfe der weltlichen Obrigkeit